

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE

**Städteverband
Schleswig-Holstein**

(federführend 2014)

**Schleswig-Holsteinischer
Landkreistag**

**Schleswig-Holsteinischer
Gemeindetag**

Städtebund Schleswig-Holstein • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umwelt- und Agrarausschuss
Herrn Vorsitzenden Hauke Göttsch

24105 Kiel, 12.03.2014

Unser Zeichen: 32.13.35 ze-ma
(bei Antwort bitte angeben)

per Mail

<p>Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 18/2563</p>

Landesförderung für Katzenkastrationen

Schriftliche Stellungnahme im Nachgang zur mündlichen Anhörung am 05.03.2014 zum Antrag der Fraktion PIRATEN (LT-Drs. 18/1289)

Sehr geehrter Herr Göttsch,

als Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände bedanken wir uns für die Möglichkeit einer Stellungnahme und kommen hiermit Ihrem Wunsch nach, unsere in der mündlichen Anhörung am 05.03.2014 vorgetragenen Punkte noch einmal kurz schriftlich zu fixieren.

1. Ausgangslage

Wir bedanken uns ausdrücklich für den Antrag der Fraktion DIE PIRATEN das Thema aufzugreifen, in die öffentliche Diskussion zu bringen und in einen Dialog darüber einzutreten, wie den Aspekten von Tierschutz, finanzieller Lage der Tierheime und Information der Tierhalter sachlich gerecht nachgekommen werden kann. Dabei möchten wir uns insbesondere auf die ordnungs- und finanzpolitisch Sichtweise der Kommunen beschränken, da der kommunale Handlungsbedarf insbesondere aus der Sicht des Tierschutzes, des Ordnungsrechts und der örtlichen Tierheime geprägt ist. Die kommunale Betroffenheit ist je nach Größe der betroffenen Population frei- und wildlebender Katzen sehr unterschiedlich, aber es besteht in vielen Kommunen schon seit geraumer Zeit Handlungsbedarf. Eine Reihe bereits durchgeführte Kastrationsaktionen von Tierschutzvereinen, Tierheimen und kommunalen Ordnungsbehörden (zum Beispiel im Kreis Nordfriesland, in den Städten Lübeck, Itzehoe und Geesthacht) zeigen bereits, dass Kastrationsaktionen die Situation dieser Katzen verbessern helfen.

2. Zum Antrag der Fraktion DIE PIRATEN

Wir begrüßen die Idee von Förderprogrammen grundsätzlich. Wir fordern aber eine, landesweite und einheitliche Strategie von Land, Kommunen, Tierärztekammer, Tierschutzverbänden und weiteren interessierten Beteiligten. Die Förderung von Projekten zur Kastration von frei- und wildlebende Katzen ist aus unserer Sicht sinnvoll und erfolgsversprechend. Insofern haben wir in der Zwischenzeit entsprechende Gespräche mit dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume aufgenommen, um als Kommunale Landesverbände mit Tier-

Städteverband Schleswig-Holstein
Tel.: 0431/570050-30
Fax: 0431/570050-35
eMail: info@staedteverband-sh.de
<http://www.staedteverband-sh.de>

Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
Tel.: 0431/570050-10
Fax: 0431/570050-20
eMail: info@sh-landkreistag.de
<http://www.sh-landkreistag.de>

Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag
Tel.: 0431/570050-50
Fax: 0431/570050-54
eMail: info@shgt.de
<http://www.shgt.de>

schutzbund, Tierärztekammer u.a. eine landesweite Kampagne bzw. die Einrichtung eines entsprechenden landesweiten Förderfonds zu prüfen. Die Gespräche sind derzeit noch in der Frühphase, so dass es noch keine Empfehlungen oder Verträge gibt. Ziel muss es dabei aber sein, die aktive Kastration frei- und wildlebender Katzen zu fördern; die Sensibilisierung aller Katzenhalter zur freiwilligen Kastration der freigängigen Katzen herzustellen und über eine ergänzende breite Öffentlichkeitsarbeit eine Verbesserung der Lebensverhältnisse frei- und wildlebender Katzen im Sinne des Tierschutzes herzustellen.

Dabei beziehen wir auch die Möglichkeit der aktuellen Rechtslage ein, indem Städten und Gemeinden ermöglicht wird, durch örtliche Verordnung nach § 13 b Tierschutzgesetz eine Katzenschutzverordnung zu erlassen, wie dies in anderen Bundesländern bereits Praxis ist.

3. Finanzlage

Neben diesen rechtlichen und fachlichen Gesichtspunkten weisen wir jedoch ausdrücklich darauf hin, dass die Situation der frei- und wildlebenden Katzen ein allgemeines landesweites Problem darstellt und somit auch das Land in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen gefordert ist. Dies bedeutet zum einen, dass wir auch eine entsprechende finanzielle Unterstützung des Landes im Rahmen der angedachten breiten Kooperation erwarten, als auch eine fachliche und personelle Unterstützung. Wir gehen davon aus, dass eine solche gemeinsame Kampagne gelingen wird.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung


Claudia Zempel
Dezernentin